

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Anton Auer, Leipzig, Postfach 101. Druck: Anton Auer, Leipzig, Postfach 101.

Verleger: Anton Auer, Leipzig, Postfach 101. Druck: Anton Auer, Leipzig, Postfach 101.

Nr. 294

Donnerstag, den 18. Dezember 1924

19. Jahrgang

Zurück zur Mitte?

Die Parteiführer beim Reichspräsidenten. — Stresemann mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 16. Dezember. Der Reichspräsident empfing heute morgen zunächst den Reichstagspräsidenten Wallraf, sodann nacheinander die Führer der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei zu Einzelaussprachen über die politische Lage und die Frage der Regierungsbildung. Die Vertreter der bürgerlichen Volkspartei sind noch nicht in Berlin eingetroffen und werden voraussichtlich morgen vormittag vom Reichspräsidenten empfangen werden. Vor morgen mittag ist eine Auftragserteilung zur Regierungsbildung nicht zu erwarten.

Nach dem endgültigen Rücktritt des Reichskabinetts ist die Regierungskrise nunmehr in das entscheidende Stadium getreten. Reichspräsident Ebert hat unermüdlich die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung begonnen, indem er am Dienstag die Führer der verschiedenen, für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Fraktionen empfing. Er hat damit bewiesen, daß er auf das Spiel der Deutschen Volkspartei nicht eingeht, die die Lösung der Krise noch um einige Tage verzögern möchte in der Hoffnung, daß inzwischen die wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen über die Währungsreform und die Räumung der Kölner Zone fallen. Die Deutsche Volkspartei glaubt offenbar, daß die gegen die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung erhobenen Bedenken hinsichtlich der Währungsreform in diesen Fragen von der anderen Seite vollendete Tatsachen geschaffen sind. Sie geht also in ihrer selbstlosen Liebe zu den Deutschnationalen so weit, daß sie dem bisherigen Kabinett rasch noch die Verantwortung für einige, vielleicht nicht ganz populäre Entschlüsse aufbürden will, um damit den Deutschnationalen freie Bahn zu schaffen. Dieses Spiel dürfte kaum gelingen. Der Reichspräsident ist entschlossen, seine Entscheidung schnell zu fassen, um eine Verschleppung der Krise mit all ihren schädlichen Begleiterscheinungen zu vermeiden. Von den großen Parteien hat lediglich das Zentrum noch keine endgültige Stellung genommen, doch ist es sehr wahrscheinlich, daß es eine aktive Teilnahme an einem Rechtsblock ablehnt. Da die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sich aber weigern dürften, eine Minderheitsregierung zu bilden, der das Zentrum seine Unterstützung nur auf mögliche Kündigung zuteil werden ließe, ist die Bildung einer Rechtsregierung ebenso unwahrscheinlich geworden, wie die der großen Koalition. Damit wächst die Möglichkeit, daß die Krise da endet wird, wo sie ihren Anfang genommen hat, nämlich bei einer neuen Regierung der Mitte unter Marx als Reichskanzler.

Berlin, 16. Dez. Beim Empfang durch den Reichspräsidenten hat der sozialdemokratische Führer dieselben Gehörsworte erhalten wie bei der Besprechung mit dem Reichskanzler Marx nach der Demission der Reichsregierung, daß das parlamentarische Prinzip durchaus nicht erfordert, die jeweils stärkste Fraktion mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Die Demokraten haben ihrer bisherigen Haltung getreu eine Erweiterung der Regierung nach links vorgeschlagen. Der Zentrumsführer soll vorgeschlagen haben, den Führer der Deutschen Volkspartei mit der Neubildung des Reichsministeriums zu beauftragen, da diese Partei die Re-

gierungskrise herausgeschoben habe. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird kaum fallen, ehe der Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums vorliegt, die morgen vormittag 10 Uhr zusammentritt und sich vielleicht schon nach der ersten Beratung in ungewohnter Weise darüber aussprechen wird, wie sie sich zur Frage der Regierungsbildung stellt.

Berlin, 17. Dez. Der Reichspräsident wird voraussichtlich schon heute den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Nach den gestern im Reichstag umlaufenden Gerüchten soll er die Absicht haben, Dr. Stresemann, der heute aus Fürstberg in Mecklenburg nach Berlin zurückkehren wird, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Wie die „Zeit“ hört, wird Dr. Stresemann aller Wahrscheinlichkeit nach den Auftrag nicht annehmen. Man rechnet ziemlich allgemein damit, daß er im künftigen Kabinett den Posten des Ministers des Auswärtigen erhalten wird. Die Möglichkeit der Bildung eines überparteilichen Kabinetts wird als wenig wahrscheinlich bezeichnet, da die kommende Regierung Aufgaben — vor allem die Lösung der Steuerfragen und andere wirtschaftliche Probleme — zu erfüllen haben wird, die eine feste Regierungsmehrheit verlangen. Die Zeit hält es nicht für unbedingt notwendig, daß eine Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung beauftragt wird, die fest im parlamentarischen Leben wurzelt. Wie die „Vossische Zeitung“ wissen will, werde Dr. Stresemann eine außerhalb des Parlamentes stehende Persönlichkeit nennen, die nach seiner Ansicht für den Posten des Reichskanzlers besonders geeignet sei.

Stresemann behält sich seine Entscheidung vor.

Berlin, 17. Dezember. Der Reichspräsident empfing heute mittag Dr. Stresemann zu einer längeren Aussprache und bot ihm im Verlauf dieser Besprechung die Regierungsbildung an. Dr. Stresemann hat sich seine Entscheidung bis heute abend vorbehalten.

Die demokratische Reichstagsfraktion war am Dienstag vollständig zusammengetreten, um sich zu konstituieren und zu der Frage der Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Die drei Vorstehenden der früheren Fraktion, Koch, Erdelen und Dr. Haas, wurden wieder gewählt und beauftragt, mit den bisherigen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes die Geschäfte weiter zu führen, bis im Januar die endgültige Ergänzung des Vorstandes vorgenommen wird. Nach einem eingehenden Referat des Parteivorstehenden Koch und nach einstündiger Beratung entschied sich die Fraktion einstimmig für Festhalten an der bisherigen Politik der Mitte und für Bildung einer Regierung der großen Koalition. Man sah allgemein nur darin die richtige Auswirkung des Wahlergebnisses und die Möglichkeit der Schaffung stabiler Regierungsverhältnisse im Reich und in Preußen. Am Nachmittag tagte gemeinsam mit der Fraktion der Parteivorstand, dessen Mitglieder aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl erschienen waren. Hier berichtete Parteivorsteher Koch über den Verlauf seines Empfanges beim Reichspräsidenten Ebert. In der Aussprache wurden die Richtlinien, die die Fraktion am Vormittag aufgestellt hatte, einstimmig gebilligt. Ein gemeinsames Abendessen am Dienstag abend hielt Reichstagsfraktion, Parteivorstand und Vertreter der Presse noch einige Stunden gemächlich beisammen.

30 Millionen Dollar für die bayerische Industrie.
München, 18. Dez. Wie die bayerische Staatszeitung meldet, ist dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des bayerischen Industriellenverbandes, Geheimen Regierungsrat Kulla, gelegentlich einer Amerikareise von einem amerikanischen Konsortium ein Kredit von 30 Mil-

lionen Dollar für die bayerische Industrie eingeräumt worden. — Von berufener Seite wird dazu mitgeteilt, daß ein Kredit von 30 Millionen Dollar von Seiten amerikanischer Banken fest zugesagt ist, wenn auch die Bedingungen noch nicht abgeschlossen sind.
Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.
Paris, 15. Dez. Der „Basler Anzeiger“ telegraphiert aus Paris: Im Gegensatz zu den pessimistischen Voraussagen in der deutschen Presse gibt Havas gestern einen günstigen Bericht über die Handelsverhandlungen aus, der auf ein neues Nachgeben Deutschlands vorzubereiten scheint. In der Delegationsführung der deutschen und französischen Sachverständigen der chemischen Industrie ist danach in den Hauptpunkten eine Einigung erzielt worden. Bedingt in untergeordneten Fragen der Materie sind noch Schwierigkeiten vorhanden, von denen man hofft, daß sie bis Mittwoch beseitigt werden können. In dem Titel Textilwaren er-

Die Räumung der ersten Zone.

Von Anton Erdelen, Kassel.

Die politische Lage dieser Wochen wird beherrscht von der Frage der Räumung der ersten Zone. Nachdem die Reparationsfrage in ein ruhigeres Fahrwasser geleitet ist, nachdem Deutschland all seine Verpflichtungen erfüllt hat, ist die vertragmäßige Räumung der ersten Zone ein verbrieftes Recht Deutschlands. Man sollte nicht sagen, es sei gleichgültig, ob Bonn, Köln usw. einige Monate früher oder später geräumt werden. Was der deutschen Demokratie das Leben in den vergangenen Jahren so schwer machte, ist die Tatsache, daß die Sieger über die berechtigten Befühle der deutschen Nation so oft hinweg gegangen sind. Auch eine geschlagene Nation hat ein Unrecht auf Achtung ihrer Würde. Es ist unmöglich, eine Nation zur Achtung von Verträgen zu erziehen, wenn der glücklichere Partner dieses Vertrages sich selber nach Bedarf über diese Verträge hinwegsetzt. Die vertragmäßige Räumung der ersten Zone ist der erste Praxistest dafür, ob die Alliierten bereit sind, auch außerhalb des Dawesplanes die Würde der deutschen Nation zu achten. Es wird unheilbarer Schaden angerichtet, wenn das nicht geschieht. Hier ist kein Platz für Tauschgeschäfte und Trinkgelder. Es wäre unendlich, wenn die Alliierten versuchen sollten, mit kleinen Bestechungen gegen die Kontrollkommissionen die Verschlebung der Räumung zu begründen. Angesichts der fast völligen Entwaffnung Deutschlands sind irgendwelche Kleinigkeiten, die sich etwa bei der Kontrolle gefunden haben sollten, kein Austausch- und Vergleichsobjekt zu der Frage der vertragmäßigen Räumung. Wenn es sich um Gründe der Achtung, Würde und Gleichberechtigung handelt, dann darf man diese nicht vergleichen mit kleinen Angelegenheiten der Entwaffnung. Gerade die Demokratie muß es ablehnen, die großen Fragen des nationalen Selbst- und Pflichtbewußtseins in Vergleich zu stellen zu technischen Einzelfragen. Wenn die Alliierten nicht räumen wollen, dann sollten sie darauf verzichten, das mit Kleinigkeiten zu begründen, sondern sollten den Mut haben, offen zu sagen, daß sie auch heute noch nicht die Gleichberechtigung Deutschlands anerkennen wollen. So gestellt, vertritt die Frage nur eine Antwort: Räumung am 10. Januar.

Uebrigens wird die Frage der Räumung mehr und mehr zur Kernfrage der Befriedung Europas. Lloyd George hat mit Recht darauf verwiesen, daß jede längere militärische Besetzung fremden Gebietes zu neuen Bündnissen und letztlich zu neuen Spannungen führt. Der Friede Europas wird umso mehr gesichert, je früher alle Besetzungen aufgehoben werden. Ich hätte gehofft und gewünscht, daß schon vor Weihnachten ein weiterer Teil des Ruhrgebietes geräumt worden wäre und dadurch zu zeigen, daß die Wiederherstellung des Friedenszustandes weitere Fortschritte gemacht habe.

wartet man im Laufe dieser oder nächster Woche zu einer Uebereinstimmung zu gelangen.

Deutsche Schwerindustrie in Paris.

Essen, 16. Dez. Die Vertreter der deutschen Schwerindustrie haben sich heute nach Paris begeben, um dort an den für Mittwoch und folgende Tage angeordneten Verhandlungen mit den französischen Industriellen teilzunehmen.

Vorkläufige Verständigung über die 26prozentige Ausfuhrabgabe mit England.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der Generalagent der Reparationen Parfer Silber in seinen Verhandlungen mit dem britischen Finanzamt wegen der Exportabgabe auf deutsche Waren in Höhe von 26 Prozent eine Einigung erzielt. Ein endgültiges Abkommen ist bisher nicht getroffen worden. Die Frage der Exportabgabe soll künftighin so geregelt werden, daß England diese Abgabe auf die deutschen Ausfuhrwaren weiter erhält, der Beitrag aber dem Reparationsagenten als Kredit gutgeschrieben wird, aber den er beschaffen kann. In der Anwendung der Gelder ist der Reparationsagent nur insoweit beschränkt, daß diese nicht als Zahlung für Befahrungskosten in Frage kommen (oder unter die belgische Priorität fallen).

Abbruch der deutsch-französischen Schuldverhandlungen.

London, 15. Dez. Der Abbruch der deutsch-französischen Schuldverhandlungen wird bestätigt. Coolidge machte in einem Gespräch mit Pressevertretern klar, seine Regierung werde sich an keiner alliierten Schuldent Konferenz beteiligen. Sie habe sich an dem Nachhaken, jeden einzelnen ihrer Schuldner besonders aus-